

Erscheint täglich  
nachmittags mit Ausnahme der  
Sonntags- und Feiertage.

Abonnementpreis  
monatlich 50 J. 1/2 jährl. 1.50 J.  
jährlich 3.00 J. Durch  
die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“  
(Unterhaltungsbeilage), durch  
die Post nicht bezogen, kostet  
monatlich 10 J., jährlich 30 J.

# Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weiskensels-Zeit,  
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißestraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 237

Halle a. S., Dienstag den 10. Oktober 1899.

10. Jahrg.

## Tagesgeschichte.

Halle a. S., 9. Oktober 1899.

**Das widerwärtige Intrigenstück** der mit Miquel ver-  
bündeten Konföderativen, das keine anderen Zweck hat als den,  
Hohenlohe zu stürzen, geht fort. Es treten dabei die  
allerhöchlichsten Erwägungen des ganzen Systems der Säulen-  
politik zu Tage — und deshalb, aber auch nur deshalb ist  
das ganze Intrigenstück auch für uns von hohem Interesse.  
Die Germania hat übrigens in vorigen Nummern Mitteilungen  
über die berühmte „Friedenskonferenz“ zwischen Miquel und  
den Konföderativen gemacht; diese Konferenz hat in den Redak-  
tionsräumen der Kreuzzeitg. der passivsten Dorth! stattgefunden  
es haben an ihr Beobachter des Junkerblattes aus der  
einen Seite und zwei Vertrauensleute Miquels aus der anderen  
Seite teilgenommen.

„Ein ferrenes Nebeneinander des Reichstagslers Fürsten  
Hohenlohe und des Vizepräsidenten des preussischen Staats-  
ministeriums Dr. v. Miquel,“ so lesen wir in der Korrespondenz  
für Zentrumsblätter an Schluß eines Artikels „angelehnt der  
Häcker“ des Majors, „aus nach den Vorgängen der jüngsten  
Vergangenheit als nahezu ausgeschlossen erdienen.“

**Was war's!** Freilich von Jodis, der so gut besahnte,  
aber vom Vorwärts recht unanständig und „bläulich“ in die Luft  
gesprengte Mitarbeiter der Post, ist von Gesundheitsrück-  
sichten befallen worden. Er hat als Präsident der Zentral-  
verwaltung angenommen, aus Gesundheitsrück-  
sichten Entlassung zu erlangen. Herr von Jodis  
dürfte so laute Mittelung weiter, mit dem Beginn des  
nächsten Jahres mit der geistlich ihm zulebenden Pension in  
den Ruhestand treten.

Dabei ist Jodis gefund wie ein Fisch im Wasser, wenigstens  
körperlich. Es giebt freilich auch moralische „Gesundheitsrück-  
sichten“, und die liegen bei ihm vor.  
**Eine gründliche Aufrechterhaltung** so schreibt die national-  
liberale Wagnetzg., „stür unserm Lande in der That not.  
Die Hohenlohe der Kreuzzeitung sind so maßlos hoffmütig  
und herausfordernd, daß die Autorität der Regierung ganz  
hinfällig und die Verwirrung in allen Kreisen immer größer  
werden muß, wenn diesem größten Übel, der jede Selbst-  
verteidigung der Regierung für eine „Kraut- und Rüben-  
Medie“ erklärt, nicht endlich ein kräftiger Dämpfer aufgesetzt  
wird.“ — Von wem erwartet die Wagnetzg. Zeitung diesen  
Dämpfer? Gewiß von der Regierung oder gar von den natif.  
Freunden der Wagnetzg. Die für das Justizhausgesetz  
schwärmen? Der Dämpfer ist zwar ein ganz ausreichender  
word und kann nur vom arbeitenden Volke aufgesetzt werden,  
und das wird geschehen, wenn es Zeit dazu ist.

**Zu dem Prozeß der Sozialisten** schreibt die freispre-  
derische Post, Stimmungs Organ, schmerzlich bewegt:

„Nichts bietet eine willkommener Ausbente für die sozial-  
demokratische Negarbeit, als derartige Enthüllungen über  
das Leben und Treiben von Vertretern der guten Gesellschaft.  
Was soll der schlichte Arbeiter denken, der in Schwärze seines  
Angesichts den Unterschied für sich und seine Familie erwerben  
muß, wenn er sieht, wie diese jungen Leute mit den angenehmen  
Lebensgewohnheiten in einer Nacht ganze Vermögen gewinnen  
und verhehlen. Was er nicht der sozialdemokratischen  
Verheißung, welche ihm verspricht, daß ein bevorstehendes Treiben  
in Spiel und Wettrennenstand in den höheren Ständen die  
Regel bilden, wittertendlos zum Vier fallen?“  
Die Post kann sich zurückziehen. Was der Arbeiter  
denkt? Wir wollen ihr's kurz und bündig sagen. Der Proletar-  
ier sagt: „Na, da sind wieder mal ein paar von der  
W-riederschiff erwirkt worden! Die andern treiben's auch  
nicht besser; aber sie werden nicht erwirkt!“

**Für die Befreiung von Majestätsbeleidigungen** ver-  
langen die Sozialdemokraten in der Wagnetzg. zweierlei, was  
je nach der politischen Stellung des Angeklagten. Mit zynischer  
Offenheit schreibt das Blatt:

Wenn ein Sozialdemokrat, also ein Todfeind der  
Monarchie wegen Beleidigung des Kaisers verurteilt wird,  
oder wenn ein wüster Demokrat in seiner revolutionären  
Begeisterung den Monarchen beleidigt und in seinen Denkmälern  
findet, so braucht man sich über die Verurteilung  
nicht weiter aufzuregen.  
Kann es eine schonendere Verurteilung des Majestätsbeleidigen-  
gen geben, als das ehemalige Bismarck-Organ sie hier vertritt?  
Seiner Logik nach müßte eine Gesetzesbestimmung geschaffen  
werden, in der es heißt: „Wegen Majestätsbeleidigung können  
nur Sozialdemokraten und Demokraten von der Staatsanwaltschaft  
belangt werden.“  
Wenn aber irgend ein Mann, wie der agrarische Heber  
Klapper nicht mehr sicher vor einer Verurteilung wegen Majestäts-  
beleidigung ist, dann muß das Blatt „bei oder Volatilität die  
Frage aufwerfen, ob damit dem monarchischen Gedanken noch  
Gebiet“!

**Wegen Kaiserbeleidigung** hatte sich in Breslau der  
17jährige Hausbesitzer Tiffe zu verantworten. Er wurde  
freigesprochen. Aus der Urteilsbegründung ging hervor, daß  
der dem Angeklagten feindselig genimmte Gensdarm Körner  
ihn aus Haß beneidete habe.

**Wegen Kaiserbeleidigung** ist in Oels der domijuglose Ar-  
beiter Nojal mit Mithilfe auf seine Vorstrafen zu fünf  
Jahren Gefängnis, der höchsten zulässigen Strafe, verurteilt  
worden.

**Wegen Kaiserbeleidigung** und Widerstandes gegen einen  
Polizeibeamten wurde in Hagen ein Angeldhner unter Zu-

billigung mildernder Umstände zu 2 Monaten und 2 Wochen  
Gefängnis verurteilt.

**In den Anzen** liegen sich beide, der Bund der Land-  
wirte und die deutschsozialistische Arbeiterpartei. Kriegermann v. Sonnen-  
berg schreibt in seinen Deutschsozialen Blättern, daß er nach  
dem Verlauf des Hamburger Parteitages genau wisse, daß er  
nicht im Widerspruch mit den Anschauungen der Mehrheit der  
Parteiangehörigen liege, wenn er ein freies Verhältnis ... den  
Konföderativen und dem Bund der Landwirte herbeizuführen  
sücht. Die Deutsche Tageszeitg., das Organ des Bundes der  
Landwirte, schlägt in die von Kriegermann gebotene Bruder-  
hand, indem sie schreibt: „Was an uns ist, das Zusammen-  
gehen der deutschsozialistischen Arbeiterpartei mit den nahe-  
liegenden Parteien zu ermöglichen und zu unterstützen, das wird  
geschehen.“

**Der Propaganda-Ausflug** für die Justizhausvorlage ist  
dieser Tage in Frankfurt a. M. in der Hauptversammlung des  
Bereits deutscher Reichstagsabgeordneter beschlossen worden.  
Die Herren treten lebhaft für einen beschleunigten „Zug der  
Arbeitswilligen“, d. h. für die Verwirklichung des Koalitions-  
rechtes der Arbeiter ein. So wiederholt sich immer wieder  
das erbauliche Szenenbild: Arbeitgeber fordern für die Ar-  
beiter einen Lohn, den diese, die Arbeitnehmer, weit von  
sich weisen. Wenn die Sache nicht so gefährlich wäre, könnte  
man herzlich darüber lachen.

**Sogar auf freies Obst** wollen die unersättlichen Agrarier  
einen hohen Zoll gelegt wissen. Daß die einseitigen Ob-  
schlichter nicht im Lande sind, den Bedarf zu decken, beweist das  
fortdauernde Steigen der Schippe, wodurch das Obst immer  
mehr von einem allgemeinen gefunden Nahrungs- zu einem  
seltenen Genussmittel gemacht wird. Unseren Agrariern ist  
natürlich ein Obstzoll äußerst angenehm, wird doch dadurch  
die unbewusste ausländische Konkurrenz erschwert. Dann  
brauchen sie nicht mehr alle Fruchtstücke in der Gächung, mit-  
zumachen, können vielmehr widerwärtiger Obst für taures  
Geld verkaufen, was ja mit dem Preislich dant der Viehpferren  
schon lange der Fall ist.

**Eine Niederlage der Agrarier.** Der Landrat  
von Ostpreußen hatte ein Mandat als Landtagsabgeordneter nieder-  
gelegt, weil er entschiedener Gegner der Kanalvorlage ist, aber  
nicht gegen den Willen seiner Vorgesetzten, der Regierung  
handeln wollte. Nun hat die Reichsversammlung die  
selben Wahlmänner, welche den Kanalgegner Landrat von Ostpreu-  
ßen gewählt hatten, haben jetzt einstimmig beschlossen, einen  
kanalfreundlichen Abgeordneten zu wählen. Besonders  
bemerkenswert ist noch, daß der Bund der Landwirte, welcher  
noch vor kurzem den Wahlmännern gegenüber den Mund sehr  
voll mahnte, bei dieser Gelegenheit in dem Wahlkreise vollständig  
in die Ecke gedrückt ist und stumm der Wahl eines Kanal-  
freundes zusehen muß.

**Unter Kameraden.** Wütend hatten die Vorstandsmitglieder  
des Arbeitervereins in Berlin die Welter niedergelegt, weil  
ein Mitglied, das als Stellvertreter der Sozialdemokratie seinen  
Zweck übersehen hatte, nicht ausgeschlossen worden war. In  
einer Generalversammlung ist nunmehr einstimmig beschlossen  
worden, den Stellvertreter auszuschließen. Die früheren  
Gegner der Ausschließung nahmen ihr Wort „mit dem Aus-  
druck des Bedauerns“ zurück.

Dem Stallwirt geschieht recht! Wie es ein schändlicher Ver-  
rat und darum eine Schandtat für jeden auf dem Boden der  
modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter ist, wenn er  
einem Kriegerevreeine als Mitglied angehört, so soll auch ein  
Gallmeister diese Vereine meiden, nachdem sie sich zu dem ent-  
wickelt haben, was sie geworden sind.

**Wegen der Serner Unruhen** sind im September gegen  
10 Angeklagte zusammen 111 Monate Gefängnis erkannt  
worden. Angeklagte sind wegen der Serner Tage gegen 38  
Angeklagte zum 31 Jahre 9 Monate 6 Wochen und 3 Tage  
Gefängnis ausgewisurten worden.

**Von den evangelischen Arbeitern.** Für die Ausschü-  
pfung des Gesamtverbandes der deutschen ev. Arbeitervereine, die  
am 18. Oktober in Gienach stattfinden wird, ist der Aus-  
schluß des Pfarrers Raumann auf die Tagesordnung  
gesetzt worden. Herr Raumann ist aus den evangelischen  
Arbeitervereinen hervorgegangen. Jetzt wird er einsehen, daß  
als Christlicher, aber Monarchist, alle Flottenbegeisterung  
nicht vor der Achtung steht, wenn man etwas ernsthaft für  
Sozialreform eintritt. Für die herrschende Klasse ist nicht nur  
Gründlich-Sozial, sondern auch national-Sozial „Unsin“. Ent-  
weder — oder, auch Herr Raumanns Sammelpolitist muß  
an den harten, unüberwindlichen Widerprüchen und Gegenjähren  
scheitern. — Herr Raumann hat geglaubt, das tiefe Niveau  
der evangelischen Arbeitervereine haben zu können. Jetzt sieht  
er zwischen den Äschern.

## Ausland.

**Oesterreich.** Vom Prager Mitbürgergericht wurde der Redakteur  
des tschechischen Blattes Narodni Listy, Konstantin Seif,  
welcher als Arbeitervereinsmitglied der letzten Kontrollver-  
sammlung ist mit „sol“ hat mit „her“ gemeidet hatte,  
wegen Mißhandlung zur Degradierung und zu 2 Monaten  
Arrest verurteilt.

**Italien.** Wahlrechts aus in Italien. Die italienische  
Kammer wird Anfangs November wieder zusammenzutreten und

**Insertionsgebühren**  
betragt für die Societäts-  
Beitragte oder deren Raum  
bis zu 1/10 Uter in der  
Rechts- und Verammlungs-  
angelegen 10 J.  
Im reaktionellen Falle  
kostet die Zeile 50 J.

Einlagen für die fällige  
Nummer müssen spätestens bis  
vermittlungs 10 Uter in der  
Expedition abgegeben sein

Eingetragen in die Post-  
zeitungsliste unter Nr. 7739

beabsichtigt die Regierung, eine Wasserreform einzuführen, durch  
die der Kreis der Wahlberechtigten verengert werden soll.  
Dieser neue Streich Bellouy ist um so ungeheurer, als  
das Wahlrecht in Italien ohnehin schon ein miserables ist.  
Wahlberechtigt ist heute, wer 20 Lire direkte Steuern zahlt und  
lesen und schreiben kann. Nun gibt es in Italien, nach Ab-  
rechnung der schulpflichtigen Kinder, 61 Prozent Analphabeten.  
Das Wahlrecht ist also heute schon ein sehr beschränktes. So  
wird die nächste Wahlberechtigung ausgerichtet, bis eines Tages  
das italienische Volk die Geduld verliert und das ganze  
monarchische Verammlungsgebäude zum Einsturz jagt.  
— Trotz des sehr freundschaftlich gehaltenen Begrüßungs-  
telegramms des deutschen Kaisers an Crispi hat sich die  
Stimmung gegen diesen Menschen, der die Geheide des  
italienischen Volkes so unselbstig beneidigt hat, nicht gebessert.

**England.** Aus Südafrika liegen neue Meldungen nicht  
vor. Alle Nachrichten aus englischer Quelle sind mit größter  
Vorbehalt anzunehmen, da von dieser Seite aus geschildert  
berichtet wird, die Buren sind Unrecht zu haben.

## Polizeiliches und Gerichtliches.

**Abwärts 10 Mart Geldstrafe** soll in Dresden Re-  
dakteur Genosse Saenich befallen, weil das in der Kluge  
des Staatsanwalts in der Sachl. Arb.-Ztg. sich wieder eine  
verleumdende Aufforderung zum Gedächtnis für die händlichen  
Ausgewerbeten geandert hat, zu der eine Genehmigung einge-  
holt war. Und dieser Streich soll wie zum fröhlicher der gleichen  
Art wieder mit 10 M. Geldstrafe geordnet werden. — Genosse  
Saenich ist übrigens ein unverbesserlicher Sammler. Er hat  
wegen dieses Delictes jetzt schon in Summa fünf Strafmandate  
erhalten.

**Aus dem Goethelande.** In Jena hatte der Maurer-  
verband auf Freitagabend eine öffentliche Versammlung ein-  
berufen, in der der Maurer J. M. Müller aus Offen a. d. Wür-  
stern Vortrag hielt. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen  
Organisation für die Maurer Deutschlands hatten alle über  
die Maurer denken und der Gemeindevorstand der Helfen-  
und Universitätsstadt Jena, der Oberbürgermeister Singer  
leitete. Die Versammlung wurde verboten, da der Redner als  
sozialdemokratischer Agitator bekannt, auch als „Kraut- und  
Rüben-“ bezeichnet ist. — Das Land nennt sich eben nicht  
unmöglich so schön-heimlich.

## Parteinachrichten.

**Die Genossin Dr. Rosa Luxemburg,** welche zum  
großen Gaudium der gegenwärtigen Presse in einer Solomni  
mit dem Vorwärts dessen Redakteure mit großen persönlichen  
Zweifeln bedachte, nimmt jetzt die heideltändigen Ausdrücke  
bedauernd zurück. Wenn man so viel über Takt und  
Prinzip schreibt und andere schämeitern will, wie Frau  
Luxemburg, dann sollte man auch „in der Dite des Gelechts“  
nicht so über die Schuld bauen, wie sie es gethan hat.

**Der sozialdemokratische Stadterverordnete.** Der  
Herr Stadterverordnete Kautzenberg in Darmstadt hat  
bekanntlich aus Anlaß seiner Beteiligung am Empirische des  
Kaisers von der bürgerlichen Presse zum Sozialdemokraten ge-  
stempelt worden, und daran hatte man die wüsten Kommen-  
taren über Kautzenberg und dergleichen gemerkt. Herr  
Kautzenberg hat jetzt, dem Salinger Bericht aus Anlaß  
dieser Salare wegen Beleidigung verurteilt. Wird das genügen  
am Beweise, daß Herr Kautzenberg mit unserer Partei nichts  
zu thun hat?

**Wahlberechtigte und Frauen** dürfen in Anbacht an  
politischen Versammlungen teilnehmen. Die Wahlberechtigte  
Genossen in Vorgerede waren wegen Teilnahme an politi-  
schen Versammlungen angeklagt. Derselben wurden am Frei-  
tag auf Antrag des Staatsanwalts freigesprochen.

**Berlin und Kautsch.** Berlin hat Lob erhalten  
aus einem Munde, aus dem er es kaum wüßten würde, näm-  
lich in der Zeitg. Dielele schreibt:  
Berichte hat uneres Gracians in der Sache gegenüber  
der Sozialdemokratie durchweg recht, aber in der Form  
durchaus nicht. Er schlägt das Programm  
der Sozialdemokratie, möchte aber gleichwohl sich an die  
Partei anklammern. Seine Ausführungen sind direkt  
gegen die grundlegenden Programmnummern gerichtet, und  
gleichwohl verfährt er, daß er ja das Programm überhaupt  
nicht in die Diskussion gezogen habe. Allerdings schlägt Ber-  
lin auf den letzten Wurz los, aber das lebende Programm  
der Sozialdemokratie meint er. Nämlich unmaß ist auch die  
neue Behauptung Berneis, daß seine Abweichungen vom  
Programm den prinzipiellen Teil und die Forderungen ganz  
unverändert lassen und deshalb nicht von solcher Natur sind, um  
ihm zu verfallen, ein neues Programm zu erheben. Die  
Ausführungen Berneis sind erstens alle  
grundlegenden Programmteile der Sozial-  
demokratie und lassen nur unüberlirt einen Teil der-  
jenigen Forderungen im Programm, welche die Partei „aus-  
gehend von diesen Grundprinzipien“ in Deutschland „durch-  
zuführen“ fordert.  
Genosse Berneis leucht, daß nicht nur Parteigenossen der  
Meinung sind, sein Buch stelle ihn außerhalb des Rahmens  
uneres Programms.

## Gewerkschaftliches.

**Wäcker.** In Wiesbaden sind die Wäckerarbeiter am Sonn-  
abend ausständig geworden, nachdem ihre Verhandlungen mit  
den Wäcker geplatzt sind.

**Tabakarbeiter.** In den Rautabakfabriken Nordhauens be-  
finden sich die Arbeiter in Lohnkämpfen.

**Zum Leipziger Formereiter.** Nachdem alle Verände der  
Unternehmer, Streikführer zu erweisen, geplatzt sind, nach-  
dem auch die Hoffnung, die sie auf die Intervention gesetzt hatten,  
zu schanden geworden ist, nachdem am der 1. Oktober, an  
welchem bekanntlich die Wäcker zu haben war, vertrieben ist und  
die streikenden Formere immer fest wie die Mauern liegen.





